

ZWEI JAHRE SPD-WIRTSCHAFTSFORUM

Am Mittwoch lud das Wirtschaftsforum der SPD zum zweijährigen Geburtstag in seine Büroräumlichkeiten ein. Dr. Michael Frenzel, Präsident des Wirtschaftsforums, blickte auf zwei erfolgreiche Jahre zurück, betonte jedoch, dass auch in Zukunft soziale Gerechtigkeit, Wohlstand und Aufstieg an eine positive wirtschaftliche Entwicklung gekoppelt sein werden - darauf müsse sich die Politik einstellen.

Anlässlich der Veranstaltung wurden in den Büroräumlichkeiten mehrere Kunstexponate ausgestellt, die Künstlerinnen und Künstler standen für Fragen zu ihren Werken zur Verfügung. Auf diese Weise wurde der Blick auf die häufig vernachlässigte Kreativwirtschaft gerichtet.

KOMMENTAR

»DER LOTSE GEHT VON BORD«

Von Heino Wiese

Ferdinand Piëch hat angekündigt, seine VW-Stammaktien veräußern zu wollen. Viele sagen: „Endlich, der alte Querkopf soll uns in Ruhe lassen!“ Ich finde, das ist mehr als ungerecht. Piëch hat Volkswagen zu einem Weltunternehmen gemacht, er hat hunderttausende Arbeitsplätze in Niedersachsen langfristig gesichert und VW trotz des einzigartigen Mitbestimmungsmodells zum Erfolg geführt.

Sein damaliger Arbeitsdirektor und Personalvorstand hat Beschäftigungsmodelle entwickelt, die auch heute die arbeitnehmerfreundlichsten in der gesamten deutschen Industrie sind. Und er hat später immer gemerkt, wenn etwas schief lief im Unternehmen - beispielsweise als die kleine Porsche AG den großen VW-Konzern schlucken und nebenbei die Mitbestimmungsregeln kippen wollte. Und zuletzt hat er lange vor dem "Diesel-Gate" die Ablösung Winterkorns gefordert, ohne konkret zu sagen warum: „Er hat nicht mehr mein Vertrauen!“ - dies musste den anderen Gesellschaftern und den Aufsichtsratsmitgliedern als Begründung reichen.

Hätte man auf seine Warnung gehört, wäre Volkswagen vielleicht einer der größten Betrugsskandale der deutschen Wirtschaft erspart geblieben. Dabei ist es müßig zu ergründen, wann Piëch was wusste, denn eigentlich wäre es die Aufgabe des Aufsichtsrats gewesen, so eine gravierende Fehlsteuerung zu verhindern. Aber wenn man einen Mittäter zum Aufsichtsratsvorsitzenden macht, muss man sich nicht wundern, wenn die Korrektur von Fehlentscheidungen und die Kontrolle des Managements nicht wirklich funktionieren. Zur Behandlung der Vorstandsboni im vergangenen Jahr sagt Piëch zu Gerhard Schröder nur: „Sehen'S Herr Schröder, das wäre bei uns damals nicht passiert!“ Ein weiteres Zitat, das im Zusammenhang mit Herrn Winterkorn kolportiert wurde - „auch Spitzenmanager sind nur Angestellte auf Zeit und keine Götter!“ - hat mich sehr beeindruckt, weil ich ein paar Wochen zuvor Herrn Winterkorn im Wolfsburg erlebte, wie der auf der VIP-Etage im VW-Stadion Hof hielt.

Herr Piëch hat Riesenverdienste für Volkswagen und die deutsche Wirtschaft erbracht, die man trotz seines manchmal querulantisches Auftretens und seiner häufig verschurbelten Kommunikation nie vergessen darf. Eben ein Ingenieur!

BUND BESCHLIESST PKW-MAUT

Im zweiten Anlauf hat der Bundestag die Abgabe für ausländische Autofahrer beschlossen.

Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass zunächst jeder Autofahrer die PKW-Maut zahlen soll, jedoch sollen deutsche Autofahrer in Höhe der Abgabe über die Steuer entlastet werden. Über die ausländischen Fahrzeuge, sollen jährlich 500 Millionen

Euro für den Ausbau der Infrastruktur eingenommen werden.

Eine wesentliche Hürde könnte jedoch der Bundesrat sein: zwar bedarf das Gesetz nicht seine Zustimmung, jedoch haben mehrere Länder angekündigt, den Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat ausrufen zu wollen. Dies würde das Projekt verzögern.

Gugl-Hupf 

RICHTERBUND FORDERT DATENANGABEN ZU ANONYMEN HETZERN

Der Deutsche Richterbund reagiert nach den Gesetzesentwurf von Justizminister Heiko Maas, nach welchem Hasskommentare auf sozialen Netzwerken gelöscht werden sollen und fordert mehr Verantwortung von Facebook und Co.

Das Löschen der Kommentare sei lediglich eine Säule, um rechtswidriges Verhalten zu unterbinden, um Strafen für Hetze allerdings effektiv umsetzen zu können, bedürfe es jedoch konkrete Ansprechpartner bei den sozialen Netzwerken, welche die Daten der Hetzer an die Justiz herausgeben.

IMPRESSUM

Herausgeber: **WIESE CONSULT GmbH**
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-IdNr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Greschkow
Telefon 030.810588818
Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. - Versand- u. Büro-
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Alice Greschkow, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



INSIDER

ZURÜCK ZU DEN FAKTEN, BITTE!



Von Paul Ziemak, Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands

Nicht nur die Rechten, auch die Linken verdrehen Zahlen und rechnen sich die Realität schlecht. Zum Beispiel beim Thema Ungleichheit: Martin Schulz bläst vom Kampf für die Soziale Gerechtigkeit und behauptet, die Ungleichheit in Deutschland würde immer weiter steigen. Dabei zeigt der Armuts- und Reichtumsbericht von Andrea Nahles vor allem positive Entwicklungen auf: Den anhaltenden Beschäftigungsboom, reale Lohnzuwächse bei mehr als 80 Prozent der Beschäftigten, verbesserte Wohnverhältnisse und eine steigende Lebenserwartung. Selbst die deutsche Mittelschicht, der laut dem Bericht 77 Prozent der Bevölkerung angehören, ist stabiler als in den meisten anderen Industrieländern.

Beispiel Rente: Wer sein Leben lang gearbeitet hat, soll als Rentner mehr als nur die Grundsicherung zur Verfügung haben. Manche Politiker skizzieren momentan Horrorszenerarien und behaupten, Millionen Deutsche seien von Altersarmut bedroht. Dabei sind heute drei Prozent der Rentner auf staatliche Unterstützung durch Grundsicherung angewiesen. Das klingt nach viel, liegt aber deutlich unter den 9,7 Prozent in der Gesamtbevölkerung. Bei den Alleinerziehenden ist sogar mehr als ein Drittel auf staatliche Unterstützung angewiesen.

Ein anderes Beispiel ist die sogenannte Gender Pay Gap. Es wird suggeriert, Frauen verdienen in gleichen Berufen 21 Prozent weniger als Männer. In Wirklichkeit ist diese Differenz viel geringer, denn auch diese Zahl ist schief. Sie berücksichtigt Unterschiede bei der Qualifikation, Arbeitszeit oder Berufserfahrung nicht. Kassierer werden mit Managern und Teilzeit- mit Vollzeitbeschäftigten verglichen. Wenn man die Statistik um solche Faktoren bereinigt, beträgt der Unterschied - laut Statistischem Bundesamt - rund sieben Prozent, dem Institut der Deutschen Wirtschaft zufolge sind es noch zwei Prozent.

Wir sollten uns nicht in die Irre führen lassen und unser eigenes Land schlechtden, sondern stolz sein, auf das, was wir erreicht haben und uns mit realen Problemen beschäftigen. Deshalb: Zurück zu den Fakten, bitte!

EDUMUND STOIBER STELLT RUSSLAND-SANKTIONEN INFRAGE

Bei der Festveranstaltung des Deutsch-Russischen Forums (DRF) am Montag im Hotel Adlon wurde der Friedrich Joseph Haass-Preis für deutsch-russische Verständigung an den ehemaligen WDR-Intendanten Fritz Pleitgen vergeben. Seine herausragende journalistische Leistung noch während des Kalten Krieges wurde als besonders wichtiger Schritt zum interkulturellen Dialog vom Vorstandsvorsitzenden des DRF Matthias Platzeck und dem Festredner Edmund Stoiber hervorgehoben.

Während seiner Rede stellte Stoiber die Effektivität und Sinnhaftigkeit der Sanktionen gegen Russland infrage. Der ehe-

malige Ministerpräsident des Freistaates Bayern stellte heraus, dass stabile Wirtschaftsbeziehungen ein Garant für Frieden seien und lobte die diplomatische Arbeit von Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel dafür, dass sie den "Gesprächsfaden zu Russland nicht abreißen lassen".

Um das bilaterale Verhältnis zwischen Deutschland und Russland nachhaltig zu stärken, betonte Stoiber, dass mehr Investitionen in den Jugendaustausch getätigt werden müssten. Ebenso wäre für junge Forscher, Studierende sowie Schüler die Aufhebung der Visumpflicht eine bedeutende Erleichterung.

RÜCKSCHLAG FÜR DONALD TRUMPS GESUNDHEITSREFORM

Die Trump-Administration muss eine weitere Schlappe einstecken: aufgrund des wachsenden Widerstandes unter den Republikanern wurde die Abstimmung im Abgeordnetenhaus über das Ersatzprogramm des Affordable Care Act - die Gesundheitsreform, die unter Präsident Obama eingeführt und "Obamacare" genannt wurde - verschoben. Auch im Senat formiert sich Widerstand.

Die Gesundheitsreform sei schlecht konzipiert und sieht besonders hohe finanzielle Risiken für Geringverdiener, während wohlhabende Versicherte von dem neuen System profitieren würden. Darüber hinaus seien die Hürden für die Aufnahme in eine Versicherung zu stark erhöht - Menschen mit bestimmten Vorerkrankungen würden somit keinen Versicherungsschutz erhalten.

WIRTSCHAFT · MITTELSTAND · FINANZEN

ELEKTRO- UND HYBRIDAUTOS: LANGSAMES UMDENKEN

Die Bundesregierung möchte, dass bis 2020 eine Million Elektro- und Hybridautos auf Deutschlands Straßen fahren, 2030 sollen es bereits sechs Millionen sein.

Dass diese Ziele etwas zu ambitioniert sein könnten, zeigt ein Blick in die Statistiken: von den 3,4 Millionen Autos, die im vergangenen Jahr zugelassen wurden, waren lediglich 0,3% reine Elektrofahrzeuge, 1,7% hatten einen alternativen Mischantrieb.

In absoluten Zahlen wurden 2016 sogar weniger Fahrzeuge mit reinem Elektroantrieb zugelassen als 2015.

Die Deutschen bemängeln trotz einer grundsätzlichen Unterstützung für erneuerbare Energien und effizientere Technolo-

gien vor allem die Reichweite der E-Autos sowie die bisher geringe Zahl der Aufladestationen.

Zwei Drittel der Deutschen befürworten die staatliche Förderung von elektrisch betriebenen Fahrzeugen, obwohl die CO₂-Emissionsbilanz pro Personenkilometer nicht sehr viel besser ist - die Masse der Fahrzeuge und die gefahrenen Kilometer ergeben akkumuliert jedoch einen wesentlichen Unterschied.

Neben Deutschland haben auch die USA, Kanada, Frankreich, China und Japan ambitionierte Ziele. Alle diese Länder rechnen bis 2020 mit 1,4 bis 3 Millionen Elektroautos auf ihren Straßen.

TROTZ FERNBUS-BOOM: DEUTSCHE BAHN VERBUCHT FAHRGASTREKORD

Zwei Milliarden Euro Betriebsgewinn - die Deutsche Bahn blickt trotz der Konkurrenz durch die Fernbusse auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurück.

Dank angepasster Strategie mit Billigtickets, die zum Teil nur 19 Euro kosten, sowie verbesserter Pünktlichkeitsquote, konnte der Konzern neue Kunden locken. Wegen der günstigen Ticketpreise stagniert der Umsatz zwar bei 40,6 Milliarden Euro, jedoch hält der Vorstand an dem Preismodell, um langfristig Neukunden gewinnen zu können.

Nichtsdestotrotz bestehen weitere Herausforderungen für die Deutsche Bahn. Der Güterverkehr DB Cargo ist nach wie vor defizitär und die Investitionen können nicht aus eigenen Mitteln gedeckt werden.

Verkehrsminister Alexander Dobrindt kündigte an, an einem "Werkzeugkasten" zu arbeiten, der solche Schwachstellen aufzufangen soll. Die Digitalisierung sowie der Einzelwagenverkehr sollen dabei effizienter werden. Die Finanzierung sei dafür bereits geplant, genaue Details sind bisher jedoch nicht bekannt.

TEURES SCHEITERN DER FUSION ZWISCHEN DER DEUTSCHEN BÖRSE UND LSE MIT

Nachdem bekannt wurde, dass die Fusion zwischen der Deutschen Börse und der London Stock Exchange wahrscheinlich nicht umgesetzt wird, werden die Kosten im Falle eines geplatzten Deals für die Deutsche Börse hoch: man müsse mit Einsparungen im zweistelligen Millionenbereich rechnen sowie einen Einstellungsstopp in allen Bereichen in Kauf nehmen.

Die LSE hatte sich kürzlich geweigert weitere Wettbewerbsauflagen aus Brüssel zu akzeptieren, weswegen eine Fusion in weite Ferne rückte. Vorstandschef Carsten Kengeter betrachtet einen potenziellen Zusammenschluss zwar als sinnvoll, jedoch wird in Insiderkreisen erwartet, dass die Europäische Kommission die Fusion in den kommenden Tagen untersagt.

PERSONALIEN

KOSCHNICKE WECHSELT ALS WAHLKAMPFSTRATEGIE ZUR CDU

Der bisherige Cheflobbyist von Opel, Joachim Koschnicke, soll vom 1. April an als Wahlkampfstrategie für die CDU Deutschlands tätig sein. Laut Medienberichten soll er in einem neu geschaffenen Bereich die Themen strategische Entwicklung, Konkurrenzbeobachtung und Redenschreiben verantworten. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Koschnicke kennen sich seit Langem. Bereits in früheren Jahren war er unter anderem als Bereichsleiter Strategische Planung im Konrad-Adenauer-Haus tätig.

SUDHOF UND WOOP SIND MITGLIEDER IM FBB-AUFSICHTSRAT

Die Berliner Staatssekretäre Margaretha Sudhof (57, SPD) und Gerry Woop (48, Die Linke) sind seit dem 17. März Mitglieder im Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg. Woop wurde von der Partei Die Linke, Sudhof von der SPD entsandt. Für die Grünen sitzt Norbert Preuß künftig im Aufsichtsrat. Er ist Projektmanager und Manager des Immobilienunternehmens CBRE Preuss Valteq. Anfang des Monats hatten Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) sowie die Senatoren Dirk Behrendt (Grüne) und Klaus Lederer (Die Linke) das Gremium verlassen.

BULLMANN IST EU-VERANTWORTLICHER DES SPD-PARTEIVORSTANDS

Udo Bullmann (60) ist am 19. März auf einem außerordentlichen Parteitag der SPD zum neuen Verantwortlichen des Parteivorstands für die Europäische Union gewählt worden. Er folgt in dieser Funktion auf Martin Schulz, der zum Parteivorsitzenden gewählt und als Kanzlerkandidat nominiert wurde.

AUS DEN MINISTERIEN

BMUB UND KFW ZUR ENERGETISCHEN STADTSANIERUNG

Tagung des Bundesbauministeriums und der KfW Bankengruppe zum Thema „Kultur der energetischen Stadtsanierung etablieren“, unter anderem mit dem Staatssekretär im Bundesbauministerium Gunther Adler, dem Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen Prof. Uwe Schneidewind und der Hauptgeschäftsführerin des GdW Bundesverbands deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen Ingeborg Esser. Die Veranstaltung findet in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen statt (Hiroshimastraße 12, 10785 Berlin). Für die Teilnahme ist eine Anmeldung erforderlich.

WORTE DER WOCHE

»Ich will nicht die Vizekanzlerin von Angela Merkel sein.«

Marine Le Pen, Chefin der Front National, betont im TV-Duell ihre Europa- und Deutschlandskepsis.

»Die Amerikaner haben keine Außenseiterrolle.«

Bundesfinanzminister Schäuble sieht die USA trotz ihres wirtschaftlichen Abschottungskurses auf der internationalen Bühne nicht als isoliert.

»Diese Maut kostet den Bundeshaushalt mehr, als sie einfährt.«

Anton Hofreiter, Grünen-Fraktionschef, appelliert vor allem an die SPD-Abgeordneten im Bundestag die geplante Pkw-Maut abzulehnen.

»Vergessen wir nicht, dass das heutige Problem der Flüchtlinge und Migranten die größte Tragödie nach dem Zweiten Weltkrieg ist.«

Papst Franziskus.

»Wenn die kreativen jungen Köpfe unserer beiden Länder in diesem Bereich gemeinsam an Lösungen für die Zukunft forschen, von denen beide Seiten profitieren, dann kann daraus eine wirklich positive Dynamik für beide Länder entstehen.«

Edmund Stoiber über die Zusammenarbeit zwischen Russland und Deutschland bei der Festveranstaltung des Deutsch-Russischen Forums.

»Der Mann ist nicht willkommen. Wenn er herkommt, wird er bei uns aus meiner Sicht nicht auftreten dürfen, das gefährdet die Sicherheit dieses Landes.«

Der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier über den türkischen Präsidenten Erdogan.

»Es gibt kein Schuldenkonto in der Nato.«

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen über Donald Trumps Verweise, dass die Beitragszahlungen an die Nato „unfair“ verliefen.

»Aber wir sind zweifellos erstaunt über das ständige Durchsickern sensibler Informationen in Washington. Die politischen Eliten der USA sollten endlich für sich klären: Sind da etwa erneut ‚russische Hacker‘ in die Server des Außenministeriums eingedrungen oder ist die Gefahr für die Informationssicherheit der USA vielleicht nicht doch amerikanischer Herkunft?«

Maria Sacharowa, Sprecherin des russischen Außenministeriums, über die FBI-Untersuchungen zu Russland-Verbindungen während des US-Präsidentenwahlkampfes.

TERMINE

28.3. OST-AUSSCHUSS DER DT. WIRTSCHAFT ZUR WASSERWIRTSCHAFT IN RUSSLAND

Konferenz des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft und der Messe Berlin zum Thema „Die Russische Wasserwirtschaft - Perspektiven für Zusammenarbeit“ Marshall-Haus, Messiegelände, Messedamm 22, 14055 Berlin (Anmeldung erforderlich)

29.3. BUNDESVERBAND FÜR ERNEUERBARE ENERGIE ZUR WÄRMEWENDE

Konferenz des Bundesverbands für Erneuerbare Energie zum Thema „Effizient Erneuerbar: Was JETZT zum Gelingen einer Erneuerbaren Wärmewende getan werden muss: Vorstellungsveranstaltung der BEE Wärme- und Kältestrategie“, u.a. mit dem Geschäftsführer des Fachverbands Biogas Dr. Claudius da Costa Gomez, dem Leiter des Referates Energiepolitische Grundsatzfragen im Gebäudesektor im Bundesenergieministerium und dem Geschäftsführer des Deutschen Energieholz- und Pellet-Verbands Martin Bentele VKU-Forum, Invalidenstraße 91, 10115 Berlin (Anmeldung erforderlich)

4.4. POLITISCHES FRÜHSTÜCK MIT BM JOHANNA WANKA

Frühstücksveranstaltung der Berliner Wirtschaftsgespräche zum Thema „Innovation als Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit Deutschlands“, u.a. mit Bundesforschungsministerin Johanna Wanka Berlin Capital Club, Mohrenstraße 30, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich)